



**Niedersächsisches  
Kultusministerium**

Landwirtschaftskammer  
**Niedersachsen**



**NIHK**  
Niedersächsischer Industrie-  
und Handelskammertag

Landesvertretung der  
Handwerkskammern Niedersachsen



**Bundesagentur für Arbeit**  
Regionaldirektion  
Niedersachsen-Bremen



**IHK**  
Niedersächsische  
IHK-Arbeitsgemeinschaft  
Hannover-Braunschweig

## Niedersächsische gemeinsame Initiative „Chefsache Inklusion“



### Positionspapier

Im Sommer 2014 entstand das Vorhaben, eine Initiative zur Förderung der Inklusion im Übergang von der Schule in den Beruf mit den relevanten Partnern der Berufsbildung auf landesweiter Ebene zu bilden. Mitglieder der Initiative sind Vertreterinnen und Vertreter der niedersächsischen Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, der Berufsbildenden Schulen und des Niedersächsischen Kultusministeriums.

Ziel der Initiative „Chefsache Inklusion“ ist es, Betriebe zu informieren und aktivieren, um gemeinsam mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderung in Niedersachsen zu schaffen. Es geht dabei um gesellschaftliche Teilhabe, Integration und sinnvolle betriebliche Einbindung.

Am 25./26. April trafen sich im Bildungszentrum für Technik und Gestaltung (BZTG) in Oldenburg die Mitglieder der gemeinsamen Initiative „Chefsache Inklusion“. Ergebnis der Veranstaltung in Oldenburg ist die Bestandsaufnahme der bisherigen Erfahrungen, die Auswertung der Rückmeldungen aus Betrieben und die Verständigung auf ein gemeinsames Positionspapier.

Oldenburg, 26. April 2016

Initiative Chefsache Inklusion

Kontakt: Tilman Zschiesche

Geschäftsführer ibbw-consult GmbH



Niedersächsisches  
Kultusministerium



## Inklusion ist Chefsache!

Eine weitreichende gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ist nicht nur ein Merkmal einer solidarischen Gesellschaftsordnung, sondern wird zu einem zunehmend wichtigen Erfolgsfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung. Sie führt zu einer Bereicherung für alle Beteiligten.

Die Umsetzung bedarf jedoch der Gestaltung. Ein entscheidender Schritt für das Gelingen von Teilhabe und Inklusion ist die erfolgreiche Gestaltung des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Berufstätigkeit.

Zur Unterstützung hat sich im Jahr 2014 die niedersächsische Initiative „Chefsache Inklusion“ gebildet. Mitglieder der Initiative sind Vertreterinnen und Vertreter der niedersächsischen Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, der Berufsbildenden Schulen und des Niedersächsischen Kultusministeriums.

Die Initiative hat seither gemeinsame Informationsveranstaltungen für Betriebe in den Regionen Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim und Stade durchgeführt.

Die Erfahrungen und Rückmeldungen aus den Informationsveranstaltungen der Initiative sind im Folgenden als Empfehlung zusammengefasst.

## Betriebe für eine inklusive Gestaltung des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf gewinnen!

Betriebe, die bereits Erfahrung mit der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung haben, berichten überwiegend von positiven Effekten.

Von Veranstaltungen zur „inkluisiven Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf“ werden vor allem Betriebe, die bereits Erfahrungen mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung haben, und Träger aus diesem Arbeitsbereich angesprochen. Diese sind wichtige Partner und Multiplikatoren für die Vermittlung von Erfahrungen aus der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erfolgt häufig aufgrund persönlicher Erfahrungen, ethischer Grundhaltungen der Unternehmensführung oder zunehmend auch aufgrund betriebswirtschaftlicher Aspekte.

Um Betriebe für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu öffnen, sind die Vermittlung von guten Erfahrungen und die Herstellung direkter Kontakte (Vermittlung und Unterstützung von Praktika, Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten, direkte Ansprache und enge Begleitung von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern) hilfreich.

Betriebe, die bisher keine Erfahrung mit der Beschäftigung oder Ausbildung von Menschen mit Behinderung haben, brauchen dann konkrete Informationen, wenn sie beginnen, sich für die Einstellung eines Jugendlichen mit Handicap zu interessieren. Sie benötigen verlässliche, ggf. auch langfristig verbindliche Unterstützung durch eine qualifizierte Beratung und ggf. durch einen entsprechenden Nachteilsausgleich.

Dafür ist der Austausch unter den an der Beratung und Vermittlung beteiligten Partnern (Kammern, Arbeitsverwaltung, Schulen, Beratungseinrichtungen) mit dem Ziel der Zusammenarbeit wichtig. Inklusion braucht Kooperation!

Hierzu sind Modelle zu erproben und strukturell zu etablieren, damit im Zusammenwirken von Kammern, Innungen, Reha-Beratungen, berufsbildenden Schulen, Förder- und Beratungseinrichtungen Betriebe gewonnen und Jugendliche mit Behinderung verstärkt in Betriebe vermittelt werden können.

## Berufsvorbereitung und Ausbildung

Für Menschen mit Behinderung sind Fachpraktikerberufe nach §66 BBiG eine gute Möglichkeit einen Ausbildungsabschluss zu erreichen, wenn eine Vollausbildung nicht möglich ist.

Ein qualitativer und quantitativer Ausbau des Angebots ist zu prüfen, ggf. auch für Jugendliche, die andere Berufsabschlüsse nicht erreichen.

Die Berufsvorbereitung und die duale Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung benötigen eine strukturell verlässliche sonderpädagogische Unterstützung sowie eine am Bedarf orientierte Begleitung im Übergang, in der Ausbildung und in der Überführung in Beschäftigung.

## Ausbildung der Ausbilder

In die Ausbildung der Ausbilder nach AEVO sollten grundsätzliche Themen der Förderung der Ausbildung von Menschen mit Behinderung und sozialen Benachteiligungen aufgenommen werden.

Die rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (ReZA) ist sinnvoll angesichts der Anforderungen, die mit der Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung verbunden sind.

Es sollte geprüft werden, ob der Zugang ggf. erleichtert werden könnte (z.B. Stufenmodell).

## Ausblick

Die gemeinsame Arbeit in der Initiative auf Landesebene und in den Regionen wird fortgesetzt, um den weiteren Austausch und die fruchtbare Arbeit nachhaltig zu gestalten.

Eine strukturelle Unterstützung der regionalen Kooperationen sollte landesweit organisiert werden.

Oldenburg, 26. April 2016

Initiative Chefsache Inklusion